

»Imperial Realismus?«

Eine Replik auf Uli Cremer

von | Frank Deppe



Karikatur: Economist

Die Linke (nicht nur die Partei dieses Namens) braucht dringend eine außen-, sicherheits- und friedenspolitische Debatte. In den Reaktionen auf die Zunahme von Konflikten und Kriegen in der Welt (von Afrika über den Nahen Osten bis in die Ukraine) sowie auf die Politik der Bundesregierung, der EU und der NATO reflektieren sich unterschiedliche und kontroverse Deutungen des Charakters dieser Konflikte sowie ihres Zusammenhangs mit den vom globalen Kapitalismus (in letzter Instanz) dominierten Macht- und Kräfteverhältnissen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik (also: die »Imperialismusproblematik«).

Dazu kommen – innerhalb der Partei DIE LINKE und zwischen den »Strömungen« – unterschiedliche strategische und taktische Vorstellungen über

den Stellenwert sicherheits- und außenpolitischer Positionen: auf der einen Seite diejenigen, die nach Gemeinsamkeiten mit der SPD und den Grünen suchen, um mögliche Regierungskoalitionen vorzubereiten und dabei auch bereit sind, Essentials linker Außen- und Sicherheitspolitik zur Disposition zu stellen;¹ auf der anderen Seite diejenigen, die angesichts der drohenden Kriegsgefahren und einer Zäsur deutscher Außenpolitik hin zu mehr Militäreinsätzen in der Welt – wie es vor einem Jahr auf der Münchener Sicherheitskonferenz unisono von Gauck, von der Leyen und Steinmeier gefordert (und gerade erneuert) wurde – eine

Frank Deppe war bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Er ist Mitherausgeber von Sozialis-

mus. Seine letzte Buchveröffentlichung »Imperial Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in »Neuer Verantwortung« (VSA: Verlag Hamburg 2014) wurde von Uli Cremer unter dem Titel »Instrumentalisierung der EU oder im Dienste des westlichen Blocks?« in Heft 2-2015 von Sozialismus (S. 51-53) besprochen und kritisiert. Darauf repliziert Frank Deppe mit diesem Beitrag.

¹ Für die Partei DIE LINKE hat der MdB Stefan Liebzig in der Expertenkommission zur neuen deutschen Außenpolitik mitgearbeitet. Sein abweichendes Votum betrifft nicht die strategische Grundorientierung des Papiers der Expertengruppe, sondern will die Rolle der UNO bei »Friedenseinsätzen« stärken. Liebzig profiliert sich freilich öffentlich eher durch die Kritik an linken Positionen in seiner Partei und in der Friedensbewegung als durch eine kritische Auseinandersetzung mit den Thesen der Kommission und dem »neuen deutschen Imperialismus« (vgl. mein Buch, S. 27ff.). Vielleicht bedeutet ihm die Anerkennung durch die Eliten (bzw. der Nachweis von Regierungsfähigkeit mit diesen) mehr als der Kampf gegen die herrschende Politik im Interesse des global orientierten deutschen Kapitals und seiner politischen Interessenvertreter.

Radikalisierung der Kritik der herrschenden Politik und eine Stärkung der außerparlamentarischen Friedensbewegung fordern, um auf diese Weise auch die Position der LINKEN im Parlament zu stärken.

In diesen Debatten müssen viele traditionelle Überzeugungen überprüft werden, die sich auf dem Boden der klassischen Imperialismusanalysen (bis zum Ersten Weltkrieg) und des Kalten Krieges bzw. des Ost-West-Gegensatzes nach 1945 gebildet hatten.² Gleichzeitig wird theoretische und politische Unsicherheit dadurch verstärkt, dass gewaltbereiter religiöser Fanatismus und Nationalismus – auch als Reaktion auf die Widersprüche, die die kapitalistische Globalisierung reproduziert – im Aufschwung sind. Barbarische Verhältnisse breiten sich aus. Vielfach stoßen dabei reaktionäre Kräfte in Bürgerkriegen aufeinander – auf der einen Seite Vertreter von Militärdiktaturen, auf der anderen Seite religiöse Fanatiker, Terroristen, die im Namen eines Gottes, einer Glaubensrichtung oder einer Nation Schrecken verbreiten. Sie kämpfen aber auch gegen Streitkräfte der USA und deren Verbündeten, die im Namen westlicher Werte die geopolitischen Interessen des »American Empire« mit Gewalt gegen »Störenfriede« der internationalen Ordnung durchsetzen und dabei Angst und Schrecken verbreiten. Die Zahl der Opfer solcher Politik ist immer noch weit aus höher als die der IS-Terroristen.

Der Zusammenhang zwischen dieser Barbarisierung auf der einen und der Herstellung der »One World« des Ka-

pitals nach 1991 auf der anderen Seite steht immer wieder im Mittelpunkt der internationalen marxistischen Forschungen und Diskussionen, wie sie z.B. von David Harvey, Leo Panitch und Sam Gindin, dem verstorbenen Giovanni Arrighi, Stephen Gill, Kees van der Pijl, Perry Anderson, Ingar Solty, Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf u.a. vorangetrieben werden. Die Analysen der Entwicklung der europäischen Integration, die ich zusammen mit anderen in der Marburger Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) seit den frühen 1990er Jahren durchgeführt habe, bewegten sich in diesem Rahmen einer (neogramscianisch inspirierten) Internationalen Politischen Ökonomie, die den Wandel von hegemonialen Ordnungen im internationalen System, aber auch im Rahmen der Europäischen Union – und hier spielt wiederum Deutschland eine zentrale Rolle – zum Gegenstand nimmt. Wir haben dabei von Anfang an die neue Dynamik der Europäischen Integration – seit dem Binnenmarktprogramm '92, für das sich Jacques Delors engagierte – als Antwort der europäischen Kapitalinteressen und ihrer politischen Repräsentanten auf die »Globalisierung«, das »American Empire« und die damit verbundenen ökonomischen und politischen Machtveränderungen interpretiert.³

Meine Flugschrift »Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in neuer Verantwortung« bezieht sich nicht unmittelbar auf die innerparteilichen Kontroversen der LINKEN. Sie wurde nicht nur durch die Tagesereig-

nisse seit Ende 2013, sondern vor allem durch eine Zäsur im Elitendiskurs über deutsche Außenpolitik (»Mehr Macht – mehr Verantwortung«) angeregt. Zugleich bemühe ich mich, diese Veränderung auf die Machtverschiebungen im internationalen System und die damit verbundenen geopolitischen Strategien und Konflikte zu beziehen. Uli Cremer, dessen Kompetenz in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ich ebenso schätze wie sein friedenspolitisches Engagement am linken Flügel der Grünen, setzt sich damit kritisch auseinander und benennt sicher auch analytische Defizite dieser Flugschrift. Allerdings gibt es dabei Missverständnisse und (in Einzelfragen) unterschiedliche Auffassungen, die wir benennen und ausräumen sollten. Ich beschränke mich auf vier Punkte.

1.

Schon im ersten Satz behauptet Uli Cremer, dass ich eine »Analyse der deutschen Außenpolitik« vorgelegt hätte. Das trifft nicht zu, es war auch gar nicht meine Absicht, denn ich bin kein Experte in deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb ist mir, worauf Cremer hinweist, wohl auch die Bedeutung des »großen alten Mannes«, Volker Rühle, als Leiter der Bundestagskommission zur Lockerung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht bewusst. Allerdings erwähne ich, dass die Aushebung des Parlamentsvorbehalts in dem Strategiepapier der Stiftung Wissenschaft und Politik (des Thinktanks des deutschen



346



Kapital auf Kurs – die Ausbeutung der Meere

Außerdem ► Machtkämpfe in Libyen ► 10 Jahre nach dem Tsunami ► Revolte in Burkina Faso ...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

[auch als PDF-Download](#)

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Außenministeriums) und des German Marshall Fund ausdrücklich als Ziel benannt wird (S. 13; alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf mein Buch). Ich erwähne zudem einen konservativen Diskursstrang, der schon seit 1991 die Notwendigkeit einer Neuorientierung deutscher Außenpolitik im Sinne der »neuen Verantwortung« propagiert (Hans-Peter Schwarz, Arnulf Baring, Michael Stürmer u.a., vgl. S. 15f.).

Gleichwohl ist mein Ansatz bescheidener: Es handelt sich um eine Diskursanalyse, die sich auf das Strategiepapier »Neue Macht – neue Verantwortung« und die Resonanz darauf in der politischen Klasse, der Regierung und den Medien bezieht. Meine These: Es handelt sich um eine Zäsur, die durch die historische Debatte über 1914 und durch die aggressive Haltung gegenüber Russland im Ukraine-Konflikt verstärkt wird. Dass Elitendiskurse jeweils mit realen Machtverhältnissen und praktischen politischen Entscheidungen (z.B. mit dem »Tabubruch«, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, oder mit der Übernahme einer Führungsrolle Deutschlands in einer schnellen NATO-Eingreiftruppe für Osteuropa) verbunden sind, braucht wohl nicht weiter begründet zu werden.

2.

Uli Cremer schiebt gleich seine Hauptkritik hinterher. Er behauptet, dass ich diese Zäsur als ein »deutsches« und nicht als ein »Projekt des westlichen Blocks« betrachte. Daraus resultiere angeblich die Grundschwäche meiner Argumentation: eine systematische Unterschätzung der Einbindung deutscher Politik in das von den USA mit der NATO geführte westliche Bündnis. Es fällt mir nicht leicht, auf diese Kritik zu antworten, weil sie einfach dem Inhalt meines Buches nicht gerecht wird!

Meine Rekonstruktion des Elitendiskurses konstatiert in drei Schritten:

- Deutschland soll aufgrund seiner ökonomischen Macht nun mehr politische Verantwortung (einschließlich von mehr Militäreinsätzen im Ausland, gegen die »Störenfriede« der globalen Ordnung, die vom Westen beherrscht wird) übernehmen. Das ist das klassische Thema des alten

konservativen Diskurses, Deutschland sei ökonomisch ein »Riese«, aber politisch ein »Zwerg«, es müsse aus dem »Schatten der Geschichte« (d.h. der Verbrechen des deutschen Imperialismus im 20. Jahrhundert) heraustreten und sich selbstbewusst seiner Rolle in »Mitteleuropa« bzw. als fast »Global Player« bewusst werden, ohne, wie ich im zweiten Kapitel ausführe, mit den Schuldthesen der Vergangenheit (1914ff., 1933ff.) belastet zu sein. Diese Orientierung rückt jetzt vom rechten Rand in die Mitte des politischen Herrschaftssystems.

- Deutschland hat in der EU seit 2010 (Krisenmanagement/Austeritätspolitik) auch eine politische Führungsrolle übernommen. Frau Merkel ist die starke Frau Europas! In diesem Zusammenhang begründe ich die These vom »kooperativen Imperialismus« (Bieling) in den Bündnisssystemen, in die Deutschland einbezogen ist (also vor allem EU und NATO).
- Und schließlich mehr »politische Verantwortung« (einschließlich von Militäreinsätzen der Bundeswehr). Das bedeutet, dass Deutschland – über seine Führungsrolle in Europa auch innerhalb der NATO, d.h. im Bündnis mit den USA – diese Verantwortung wahrnehmen soll. Das ist nun wirklich der entscheidende Punkt, der sich sowohl auf die »neue Verantwortung« im Bereich der Sicherheitspolitik (Aufwertung der NATO) als auch auf die wirtschaftliche Rolle (CETA, TTIP: als »Wirtschafts-NATO«) bezieht. Auf S. 13, den Seiten 30/31 und S. 131 wird das – wie an anderen Stellen – ganz klar hervorhoben: »Die Eliten in Nordamerika und Westeuropa setzen auf die »Suprematie des Westens« ... Die NATO ist das wichtigste militärische und politische Instrument die-

² In den »Marxistischen Blättern« (1/2015) hat Thanassis Spanidis meiner Schrift vorgehalten, dass sie »deutlich hinter den Stand aktueller Diskussionen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zurückfällt«. Er meint wohl die von KKE geführte kommunistische Weltbewegung, die – in der Tradition des VI. Weltkongresses der KI – mehr gegen Syriza als gegen Imperialismus und Faschismus kämpft.

³ Vgl. dazu u.a. Hans-Jürgen Bieling: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der europäischen Union, Wiesbaden 2010.

Impressum

Die Zeitschrift ist ein Forum für die politische Debatte der Linken. Manuskripte und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Sozialismus wird herausgegeben von Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und SOST e.V.

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27, 20042 Hamburg
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-40
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de
www.sozialismus.de

Redaktionssekretariat:
Bernhard Müller, Christoph Lieber
Redaktion: Richard Detje, Marion Fisch,
Christoph Lieber, Bernhard Müller,
Björn Radke, Bernhard Sander,
Klaus Schneider, Gerd Siebecke

Bezugsbedingungen:
Sozialismus erscheint 11 x jährlich
(10 Hefte und 1 Doppelheft)
Einzelheft € 7,- | Abonnement € 70,- |
Auslandsabo € 90,- inkl. Porto |
Ermäßigtes Abo € 50,- |
Förderabonnement € 150,- | 350,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Ende des Abo-Jahrgangs.

Konto für Spenden und Abonnements:
Richard Detje | Hamburger Sparkasse
IBAN: DE28 2005 0550 1268 1209 77
BIC: HASPDEHH

Druck und Buchbinderarbeiten:
Idee, Satz und Druck, Hamburg
ISSN 0721-1171

© 2015 Sozialistische Studiengruppe e.V.

Umschlagkarikatur: Klaus Stuttmann

Beilagenhinweis:
Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung
Jahrbuch transform 2015



ser Politik, die derzeit um TTIP ergänzt wird... *Der Elitendiskurs im Zeichen des ›imperialen Realismus‹ ordnet sich in diese Strategie ein*« (S. 131).

Uli Cremer bezieht sich dagegen auf Zitatfragmente, nach denen sich »deutsche Außenpolitik« auch »gegen den Führungsanspruch der USA richten könnte«. Nun, dieses Misstrauen gibt es immer wieder in den USA (siehe gerade McCain gegen Merkel, Schröders Haltung im Irakkrieg, Westerwelles Position anlässlich der Libyen-Intervention). Es gibt Widersprüche und unterschiedliche Interessen im »Block an der Macht«. Dazu gehört dann immer auch eine – früher als »gaullistisch« bezeichnete – Linie deutscher Außenpolitik, die – zumal im Blick auf die absteigende Position des US-Empire – der EU und den Beziehungen zu Frankreich einen höheren Stellenwert einräumen möchte als den transatlantischen Beziehungen. Das wird auch im Ukraine-Konflikt deutlich. Dennoch wird der neue außenpolitische Diskurs von den »Transatlantikern« dominiert – das ist eine zentrale These meines Buches und ich leite sie auch aus den neuen Machtkonstellationen im Weltsystem (Aufstieg und Konsolidierung neuer Großmächte, relativer Niedergang der westlichen Beherrschung der Welt) ab.

Es liegt auf der Hand, dass die Linke gerade diese Problematik – auch in kontroversen Analysen und Debatten – ins Zentrum zu stellen hätte. Selbstverständlich gibt es hier viele offene Fragen. Ich betone in meinem Buch ausdrücklich, dass die Strategie der »neuen Verantwortung« mit zahlreichen Widersprüchen – unterschiedliche Interessen im Block an der Macht, Widersprüche im EU-System, die ungelösten Probleme der Krisen des Finanzmarktkapitalismus usw. usf. – konfrontiert ist. Es handelt sich um ein Politikfeld, auf dem um unterschiedliche Interessen und Strategien gerungen wird – und hier liegen auch Ansatzpunkte für linke Kritik und Politik. Uli Cremer weist zu Recht darauf hin, dass die deutsche Russland-Politik unter diesen Feldern besonders wichtig ist!

3.

Meine Argumentation, dass die Ukraine-Krise als »Brandbeschleuniger« für eine außenpolitische Zäsur gewirkt habe, kann Cremer zufolge »nicht überzeugen«, denn »die Bundesregierung ist in der Krise eher auf Deeskalation und Entspannung bedacht«. Sie muss sogar wegen »der russophoben Kräfte in der EU ... Sanktionen verhängen und der eigenen Wirtschaft Schaden zufügen«. Dieses Argument von Cremer vermag mich nicht zu überzeugen. »Brandbeschleuniger« meint ja nicht, dass jetzt deutsche Truppen in die Ukraine entsandt werden, sondern dass mit der Zuspitzung der Krise ein Klima der Konfrontation angeheizt worden ist. Die deutsche Bundesregierung hat von Anfang an den putschistischen – von Faschisten unterstützten – Systemwandel mit dem Anspruch, die Ukraine in die EU und schließlich auch mittelfristig in die NATO zu führen, unterstützt und damit in der Konfrontation mit Russland (und Putin) eindeutig Stellung bezogen. Der neue »Kalte Krieg«, der die NATO aufwertet und neue Feindbilder schafft, ist auch ein Ergebnis dieser Politik. Dabei werden natürlich auch eigene Interessen verfolgt, die nicht immer mit denen der US-amerikanischen Politik gegenüber Russland und der Ukraine oder mit den Interessen z.B. der baltischen Staaten und von Polen übereinstimmen. Diese Politik der Bundesregierung hat aber zugleich die Grenzen des »imperialen Realismus« aufgezeigt und ihr deutlich gemacht, dass die ökonomische und politische Führungsmacht der EU militärisch – gegenüber den USA, aber auch gegenüber Russland und China – nach wie vor eine relativ unbedeutende Mittelmacht ist. Deshalb wiederum die Lehre, dass der Aufstieg zum »Global Player« und die Führungsrolle der EU nur in der politischen und militärischen Kooperation mit den USA realisiert werden kann.

4.

Uli Cremer hält »diverse biografische Details zu Akteuren des Diskurses für verzichtbar«. Was jemand früher mal gemacht und gedacht hat (ob Juso oder Maoist), sei »für seine heutige Position und Funktion *herzlich egal*«. Mit Au-

ßen- und Sicherheitspolitik habe das wenig zu tun. Das sehe ich ganz anders! Mich haben die Biografien von Intellektuellen, die von begeisterten Revolutionären zu »Renegaten« werden, immer interessiert. Für die Analyse von Herrschaft und Ideologie (ideologische Staatsapparate, Medien, Wissenschaftssystem, Stäbe der politischen Führung, Think Tanks usw.), aber auch für das Denken von gebildeten Teilen der Mittelschichten sind solche Kehrtwendungen im historischen Verlauf von außerordentlicher Bedeutung. Die Zyniker unter den Politprofis und die kalten Machtstrategen belustigen sich – meist bei edlen Getränken und teuren Zigarren – über ihren jugendlichen Radikalismus. Auch für die Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges ist es schon bedeutsam (und eben nicht »herzlich egal«), ob sich Minister, Journalisten, Schriftsteller, die einst alle Kriege gegen den Imperialismus gefeiert und Pol Pot verehrt haben, sich nunmehr als Menschenrechts-Bellizisten gebärden, die entweder direkt oder indirekt die Regierungen ihrer Länder auffordern, militärisch gegen die Feinde der westlichen Zivilisation zu intervenieren (vom Irak über Afghanistan bis nach Libyen und Syrien). Ich habe bewusst darauf hingewiesen, dass die Entwicklung von Teilen der einst ultraradikalen Intellektuellen in Frankreich auch hierzulande für einige Führungskräfte der Grünen Vorbildfunktion hat.

Ich beschränke mich bei der personalisierenden Kritik vor allem auf Menschen meiner Generation, die zuerst im SDS, dann in den 1970er Jahren in den K-Gruppen aktiv waren und über die Grünen seit den 1990er Jahren steile Karrieren in Politik und Staat hingelegt haben. Aus der Geschichte der Intellektuellen und des Renegatentums wissen wir, dass gerade solche radikalen Wendungen einen besonders skrupellosen Typus des Machtpolitikers hervorgebracht haben, der gegenüber den Herrschenden im Zentrum der Macht auch deshalb besonders unterwürfig ist, weil er immer noch alte Schuld abtragen muss.